

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/011

Chronik vom 1. Januar 1947 bis zum 17. Februar 1947

1947

Lieber Jesus, sei unser Gast, aber nur, wenn du Marken hast, wenn du keine hast, bleib fern,
denn wir essen selber gern!

Deutscher Spottvers (aus der Schwarzmarktzeit nach dem Zweiten Weltkrieg)

01.01.1947

Ostdeutschland: Nach polnischen Angaben beträgt die Zahl der Polen, die man bis zum 1. Januar 1947 in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt hat, insgesamt 4.584.000 Personen. Darunter sind jedoch auch rund eine Million Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die bereits früher dort lebten und von den Polen willkürlich als Autochthone (Ureinwohner) reklamiert wurden (x001/119E).

Über 10 % der in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten bewirtschafteten Gütern werden von ehemaligen polnischen Soldaten geleitet (x001/119E).

Berlin: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) schreibt am 1. Januar 1947 in der "Neuen Zeit" über den "Deutschen Weg 1947" (x111/269): >>... Wer die Gesundung Deutschlands will, kann nur von der Tatsache ausgehen, daß Deutschland zwischen Ost und West gelagert ist.

Die Konsequenz dieser schicksalhaften, aber auch aufgabenreichen Lage ist nicht das Entweder-Oder eines West- oder Ostblocks, sondern das Sowohl-als-auch der Verständigung und des Ausgleiches zwischen den Völkern und die Gesundung aus eigenem Geist heraus. ...

Wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir am Beginn des Jahres, das Deutschland eine neue Einheit gibt.<<

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am 1. Januar 1947 über die Auswahlkriterien der sowjetzonalen Hochschulen für Lehrer und Studenten (x111/270): >>>Die Hochschule ist hier zwar stärker als im Westen an die Staatlichkeit gebunden, aber dieser im Aufbau begriffene Staat, der sie verpflichtet, wirkt hier nicht als Hemmung, sondern dank seiner stark genossenschaftlichen Komponenten als ein fördernder und vorwärtstreibender Faktor.

Für die Sicherung der Demokratie ist eine maximale Übereinstimmung der Begabtenauslese

mit der Auswahl eines politischen Vortrupps gefordert. ...<<

WBZ: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").

Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).

In der nordamerikanischen Zone werden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.

Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) werden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigert, diesen Fragebogen auszufüllen, erhält kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" enden mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es ist die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Persilschein" (x051/441): >>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").

Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führt häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über Beziehungen und finanzielle Mittel verfügen, haben keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wird empfunden, daß zunächst nur die leichteren Fälle entnazifiziert werden, weil man "die größeren Nazis" erst später zur Verantwortung ziehen will.

Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wird in Westdeutschland nicht realisiert. Während "kleine Mitläufer" relativ hart bestraft werden, entgehen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wird von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da einen Schlußstrich macht.

Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<

Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schreibt später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.

Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.

Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.

Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten früheren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.

Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...

Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern weithin ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtet später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (133) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.

Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grundlagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.

Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:

- 1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
- 2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
- 3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
- 4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten) und ihre Ziele gefährlich sind";
- 5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;
- 6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).

Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.

Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45 revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen Verwaltung führte.

Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.

Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.

Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.

Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betroffenen Beamten wieder eingestellt.

In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.

Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen

betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

02.01.1947

Berlin: Der Berliner Magistrat fordert am 2. Januar 1947, daß Berlin weiterhin die Hauptstadt Deutschlands bleiben muß.

04.01.1947

WBZ: Am 4. Januar 1947 erscheint die erste Ausgabe des neuen Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL".

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtet am 4. Januar 1947 über den Jahreswechsel in Berlin (x116/157): >>Die von den Russen zur Verfügung gestellten 900.000 Flaschen Wodka, die eigentlich zu Weihnachten gedacht waren, wurden um Sylvester herum verteilt, und alle Männer mit den Kartengruppen I, II und III (IV sind Kinder) konnten einen Einheitschluck tun. Die "Sonstigen", also die Leute mit der Karte V – der "Friedhofskarte" – und alle Frauen hatten das Nachsehen. Für sie gab es nichts.

Die von den Franzosen zum Fest versprochenen 100.000 Flaschen Sekt und 3.000 hl Wein lassen noch auf sich warten. Transportschwierigkeiten haben die rechtzeitige Lieferung verhindert. ...

Die politischen Parteien haben die üblichen Neujahrsaufrufe erlassen, in denen Bekanntes noch einmal festgestellt und für das neue Jahr das Bestmögliche versprochen wird.

"Vereiniget Euch!" ruft Wilhelm Pieck allen Sozialdemokraten und Kommunisten im übrigen Deutschland zu. Das sei die wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft für 1947.

In der SED scheint es aber auch Leute zu geben, die keine Sozialisten sind. In einem Aufruf des Zentralsekretariats der SED wird festgestellt, daß die Partei nur zu einem schlagkräftigen Instrument der Arbeiterklasse werden könne, wenn im neuen Jahr "aus den Mitgliedern Sozialisten werden". ...

Die Berliner Feuerwehr aber hat alle Hände voll zu tun. ... In den Weihnachtsfeiertagen häuften sich die Gasvergiftungen (es waren über ein Dutzend).

War das ein Zufall oder liegen hier tiefere Zusammenhänge zugrunde? fragt der unabhängig und unzensurierte "Abend" im amerikanischen Sektor.<<

Großbritannien: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" berichtet am 4. Januar 1947 über den "Wahlterror in Polen" (x043/252): >>Die polnische Regierung teilte ... mit, daß vom 1. bis 27. Dezember 23 Angehörige der örtlichen Wahlkommissionen ermordet worden seien. 8 weitere seien verschleppt und wahrscheinlich ebenfalls umgebracht worden. ...<<

05.01.1947

Großbritannien: Der "Daily Herald" berichtet am 5. Januar 1947 (x043/297): >>Alles in allem waren mehr als 20.000 deutsche Kriegsgefangene am Weihnachtstage Gäste von britischen Familien. ...

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Deutschen durch ihr vorbildliches Betragen die Vergünstigung rechtfertigten, die ihnen gewährt wurde. Das Kriegsministerium betrachtet den Versuch als vollen Erfolg.<<

06.01.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 6. Januar bis zum 2. Februar 1947 täglich nur 1.515 bzw. 1.534 Kalorien zugeteilt (x117/31).

07.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 7. Januar 1947 (x095/60-61): >>... Sie fragen mich nach meiner Ansicht über die Zukunft des deutschen Ostens.

Es hat den Anschein, als ob zwischen den angelsächsischen Mächten und Rußland eine Ver-

ständigung dahingehend stattgefunden hat, daß die letzteren die Oder-Neiße-Linie anerkennen und daß dafür die Russen die wirtschaftliche Vereinigung des Restes ihrer Zone mit den übrigen Zonen einwilligen.

Meinen Standpunkt dazu habe ich in einer Neujahrsbotschaft an die CDU der britischen Zone bekanntgegeben. Ich habe darin gesagt: Kein Angehöriger der CDU werde m.E. einen Friedensvertrag unterschreiben, der die Oder-Neiße-Linie enthalte.

Was die fernere Zukunft bringen wird, das steht ganz dahin. Kein Mensch kann es wissen. Uns bleibt nur eins übrig: alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die gesunden und wertvollen Eigenschaften unseres Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln. ...<<

09.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 9. Januar 1947 über "Ehen zwischen Amerikanern und Deutschen" (x114/2.181): >>Das Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland hat am 6. Januar weitere Bestimmungen über die Heirat zwischen Amerikanern und Deutschen veröffentlicht.

Amerikanische Soldaten und Zivilangehörige, die deutsche Angehörige besitzen, erhalten danach eine ... entsprechende (gesetzliche) Familienunterstützung. Die deutschen Angehörigen dürfen jedoch nicht von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlagnahmte Unterkünfte beziehen. Den Amerikanern ist untersagt, in der Wohnung ihrer deutschen Ehefrau zu leben.

Den deutschen Angehörigen dürfen keine Einkaufsvergünstigungen gewährt werden. Deutsche Ehefrauen sind jedoch berechtigt, in Begleitung des Ehegatten alle Armeeklubs und Unterhaltungsclubs zu besuchen.

Während der Flitterwochen darf die deutsche Ehefrau mit ihrem Gatten für eine Woche einen Erholungsplatz der amerikanischen Armee in den besetzten Gebieten aufsuchen, wo sie die gleichen Rechte wie Angehörige anderer Nationalität genießen.<<

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 9. Januar 1947 eine Verordnung über die Landwirtschaftliche Ansiedlung (x003/353-355): >>... § 8. Die Kommission für die Landwirtschaftliche Ansiedlung vergibt zusammen mit der Wirtschaft lebendes und totes Inventar, soweit es staatliches Eigentum und von den allgemeinen Verwaltungsbehörden für Ansiedlungszwecke vorgesehen ist.

§ 9. 1. Die Zuteilung des in § 8 erwähnten lebenden Inventars nimmt die Kommission in der Weise vor, daß auf eine Wirtschaft nicht mehr als 2 Kühe und nicht mehr als eine Zugkraft (Pferd oder Ochse) entfallen. ...

§ 11. 1. Landwirtschaftliche Maschinen, wie Traktoren, ... Pflüge und Dampfdreschmaschinen, die innerhalb einer Wirtschaft nicht rationell ausgenutzt werden können, werden nicht zugeteilt. ...<<

11.01.1947

USA: Der französische Politiker Maurice Schumann erklärt am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...

Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutsch-

land in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.

Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.

Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.

Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?

Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz

offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neu-lich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...

Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaff-
nung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.

Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Do-
naugebiets teilhaben. ...<<

12.01.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 12. Ja-
nuar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutsch-
lands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde
(x111/273).

13.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 13. Januar 1947 über die Folgen des außerordentlich
strengen Winters (x114/2.172): >>>Die Auswirkungen der Kohlennot und Kältewelle fordert
zahlreiche Todesopfer. Der Kohlenmangel und die Krise in der Stromversorgung haben in
Verbindung mit der jetzt allmählich nachlassenden Kältewelle in allen Teilen Deutschlands
eine überaus ernste Lage geschaffen, die die ohnehin geschwächte Widerstandskraft des deut-
schen Volkes auf eine harte Probe stellt.

Im Personenverkehr treten in der US-Zone am 31. Januar verschiedene Einschränkungen in
Kraft. Die Zahl der Schnellzüge wird um die Hälfte vermindert.

Nach einer Mitteilung der Oberbetriebsleitung Frankfurt am Main reichen die Kohlenvorräte
nur noch fünf Tage. Die Ruhrkohlenlieferungen für die US-Zone werden nicht eingehalten
werden können.

Aus diesem Grund werden in Bayern für Schulen, Theater, Kinos und andere Vergnügungs-
stätten im Januar und Februar keine Kohlen zur Verfügung stehen. Wo der Kohlenvorrat be-
reits aufgebraucht ist, ist der Schulbetrieb eingestellt worden. ...<<

14.01.1947

Berlin: Die "United-Press" berichtet am 14. Januar 1947 über die Hinrichtung von 2 NS-
Verbrechern (x043/253): >>Im Berliner Gefängnis in der Lehrterstraße sind heute morgen 2
Frauen enthauptet worden.

Es handelt sich um die Ärztin Hilde Wernicke und die Pflegerin Helene Wiczorek, denen zur
Last gelegt worden war, Hunderte von geisteskranken Personen durch "Gnadentötung" besei-
tigt zu haben. ... Sie töteten ihre Opfer durch Einspritzungen.<<

Ein Gelsenkirchener Medizinalrat informiert am 14. Januar 1947 die Stadtverordnetenver-
sammlung über den bedenklichen Gesundheitszustand der Bevölkerung des Ruhrgebietes
(x117/47): >> ... Verursacht durch den herabgesetzten Ernährungs- und Kräftezustand sowie
deren weitere Folgen: Starke Zunahme der Tuberkulose, erheblicher Gewichtsabnahme, Zu-
nahme der Magen- und Darmkrankheiten und der rheumatischen Erkrankungen.<<

16.01.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. Januar 1947 (x095/62): >>... Dem Jahre 1947 sehe

ich sehr sorgenvoll entgegen, und zwar nicht nur als Deutscher, sondern auch als Europäer und als ein Mann, der von der Bedeutung des Abendlandes für die gesamte Menschheit zutiefst durchdrungen ist.

Ich fürchte, daß man den 1918 begangenen Fehler in um ein Vielfaches verstärkter Weise wiederholt.

Dabei bin ich mir über die Schuld des größten Teiles des deutschen Volkes völlig klar. Ich finde es weiter menschlich verständlich, daß diejenigen, die unter dem Kriege gelitten haben, ein für alle Male Schluß machen möchten mit Deutschland.

Aber ich meine, es müssen sich doch auch in den alliierten Ländern Menschen finden, die an die kommenden Generationen und die kommenden Zeiten denken. ...<<

17.01.1947

UdSSR: Die "Prawda" meldet am 17. Januar 1947, daß man Generalleutnant von Pannwitz (ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier einer Kosakeneinheit) und 5 Kosakenoffiziere in Moskau gehängt hat (x130/268).

Lord Nicholas W. Bethell schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" über diese Hinrichtungen (x130/268): >>... Von diesen sechs Männern, deren Hinrichtung öffentlich verkündet wurde, war nur einer gemäß dem Jalta-Abkommen repatriierungspflichtig gewesen.

Von Pannwitz war Deutscher, sprach Russisch im übrigen nur deshalb, weil er aus dem Baltikum stammte. Die anderen vier hatten seit Bestehen der Sowjetunion niemals dort gelebt.

Nur eine hauchdünne gesetzliche Basis konnte ihre Auslieferung durch die Briten und ihre Hinrichtung durch die Sowjetunion stützen. Sie waren nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, sondern wurden verurteilt, weil sie gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hatten, womit automatisch verbunden wurde, daß dies ein Akt des Verrats gewesen sei. ...

Die Kosaken waren vielleicht naiv. Aber man kann angesichts der Verbrechen des sowjetischen Staates, deren ganzes Ausmaß erst jetzt enthüllt worden ist, schwerlich behaupten, daß sie eine Bestrafung wie gewöhnliche Verräter verdienten.<<

18.01.1947

WBZ: Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schreibt am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

22.01.1947

WBZ: Finanzminister Kraus erklärt im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die nordamerikanische und die britische Militärregierung einigen sich über die Gründung des Landes Bremen.

Bremen, Wesermünde und Bremerhaven werden am 22. Januar 1947 als eigenständiges Land Bremen gegründet und Bestandteil der US-Zone.

24.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 24. Januar 1947 (x114/2.119): >>... Das Land Bremen ist am 22. Januar 1947 durch ein Abkommen zwischen dem stellvertretenden amerikanischen und britischen Militärgouverneuren und durch eine Proklamation des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Joseph McNarney, als viertes Land des amerikanischen Besatzungsgebietes konstituiert worden.

Damit untersteht es der amerikanischen Militärregierung und wird wie die drei anderen Länder im Länderrat und bei den zwei Zonenbehörden vertreten sein. Das neue Land besteht aus der Stadt Bremen mit 388.665 Einwohnern, dem Landgebiet Bremen und dem Stadtkreis We-

sermünde (einschließlich Bremerhaven) mit 101.894 Einwohnern.

Die britische Regierung bleibt zuständig für die Kreise Wesermünde, Osterholz, Wesermarsch und Delmenhorst.<<

25.01.1947

WBZ: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

27.01.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Januar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/277): >>Wir alle sind darin übereingekommen, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland wieder einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker als ein selbständiger und friedliebender demokratischer Staat auf gemeinsamen und gleichen Grundlagen mit anderen Völkern einnehmen kann.

Das sind die Ziele unserer gemeinsamen Politik in Deutschland. Nur auf dieser Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der abwegigen Auffassung, die im britisch-amerikanischen Zweizonenabkommen liegt, können und müssen wir ohne Aufschub die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die eine gebieterische Notwendigkeit für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Sicherheit darstellt, praktisch verwirklichen.<<

28.01.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) lehnt am 28. Januar 1947 die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie entschieden ab (x111/277): >>Ein Friedensvertrag, der die in Potsdam provisorisch als die Ostgrenze Deutschlands festgelegte deutsch-polnische Grenze als endgültig erklären würde, kann nicht unterzeichnet werden.

Es muß der Versuch unternommen werden, um jeden Preis so viel Territorium wie möglich östlich der Oder und Neiße zu gewinnen.

Wir anerkennen unsere Pflicht, Reparationen zu zahlen, aber die deutsche Zahlungsfähigkeit muß berücksichtigt werden. Zuerst muß die deutsche Wirtschaft wieder hergestellt werden, erst nachher sind Reparationszahlungen möglich.<<

WBZ: Die Industrie- und Handelskammer berichtet am 28. Januar 1947 in Frankfurt/Main über den Zerstörungsgrad von deutschen Städten (x111/277):

>>Dresden = 39,7 (Zerstörungsgrad: Kubikmeter/Einwohner)

Nürnberg = 28,4

Frankfurt/Main = 21,6

Köln = 20,8

Berlin = 16,0

Düsseldorf = 14,0

Bremen = 12,7

München = 9,6

Leipzig = 7,1 ...<<

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 28. Januar 1947 eine Verordnung über die Bildung von Seefischersiedlungen (x003/359): >>... § 1. Für die Bildung von Seefischersiedlungen werden alle Liegenschaften bestimmt, die in den Ortschaften der Wiedergewonnenen Gebiete und der ehemaligen Freien Stadt Danzig in einem 3 km breiten Streifen längs der Seeküste, am Frischen Haff, am Stettiner Haff und an der Weichselmündung von der Schleuse in Lozyska gelegen sind. ...<<

Jugoslawien: Die jugoslawische Presseagentur Tanjug meldet am 28. Januar 1947, daß der jugoslawische Delegierte Dr. Mladen Ivekovic bei der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London ein Memorandum überreicht hat, in dem gefordert wird, daß die rund

100.000 Deutschen, die sich noch in Jugoslawien aufhalten, von Deutschland übernommen werden sollen (x006/468).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die "Umsiedlung" der Jugoslawien-Deutschen (x028/121-122): >>... Inzwischen war die Lage der Flüchtlinge in Deutschland so katastrophal geworden, daß die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten. Doch liefen die Vertreibungen aus Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei weiter.

So stellte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 1947 fest:

"Hätte man daran gedacht, daß die Repatriierung von rund anderthalb Millionen Griechen aus Kleinasien nach dem Ersten Weltkrieg mehrere Jahre dauerte und Hilfspläne in großem Maßstab erforderte, dann wäre die Vorhersage nicht schwer gewesen, daß die übereilte Verpflanzung von 14 Millionen Menschen eine Menge Probleme humanitärer Art aufwerfen werde, vor allem in einem mit Ruinen übersäten Europa, in dem der Hunger regierte".

Aber die Welt hatte zu viel Leiden und Tod gesehen. Das Elend der deutschen Vertriebenen stieß auf taube Ohren und blinde Augen.<<

30.01.1947

Berlin: Die meisten Berliner Schulen werden am 30. Januar 1947 wegen fehlender Kohlen geschlossen.

Januar 1947

SBZ: Die SED-Politiker Grotewohl und Pieck berichten im Januar 1947, daß man in der sowjetischen Besatzungszone bisher 3.700.000 Vertriebene aufgenommen hat (x039/230).

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtet über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/94-95): >>Wir lagen Anfang des Jahres 1947, man kann sagen, Mann an Mann. Vielen erfroren irgendwelche Gliedmaßen. Wir konnten lediglich während der Essenszeiten heizen. In der übrigen Zeit lagen wir zusammengekauert, uns gegenseitig wärmend, zu zweit oder zu dritt unter einer Decke. Die Baracken waren den ganzen Tag verschlossen, die Fenster mit weißer Farbe zugespinnelt. Eine Stunde durften wir im Freien spazieren.

Tag für Tag wurden Tote aus den Baracken getragen. Von Zeit zu Zeit wurde dann die langsam zusammenschmelzende Belegschaft wieder aufgefrischt. ...

Die Brotration wurde von 300 auf 400 Gramm erhöht und die Suppe von einem auf anderthalb Liter. Damit war schon wesentlich besser auszukommen, obwohl auch diese Ration noch lange nicht ausreichte. Das Durchschnittsgewicht aller schon längere Zeit in Haft befindlichen Kameraden näherte sich wohl einem Zentner. Man sah im ganzen Lager Sachsenhausen nur noch unterernährte Menschen. Jeder spürte eine langsam zunehmende Mattigkeit, die seinen Körper ergriff.

Jede Baracke teilte sich in Flur, Waschanlage und Abort sowie 2 Zugräume. In diesen Zugräumen sah es keineswegs menschlich aus. Man stelle sich einen Lagerraum vor, in dem rechts und links dreistöckige Pritschen stehen. In der Mitte standen rohe Tische und Bänke. ... Auch seelisch wurden wir ziemlich stark geprüft. Keine Nachricht konnten wir an unsere Angehörigen geben, täglich sah man nur dieselben Gesichter und die weißen Mauern vor sich. Arbeit gab es überhaupt nicht. ...

Gerade früher besser situierte Herren waren die ersten, die versagten und gemütskrank wurden. ...<<

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet im Januar 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/107-108):

>>... Morgens und abends erfolgte der Zählappell. Dann wurden die Baracken aufgeschlossen und wir mußten in Fünferreihe antreten. Da wir am Ende der Lagerstraße lebten, dauerte es oft Stunden, bis wir zur Zählung dran waren. Durch Hunger und Krankheiten geschwächt, dazu

im Winter bei eisiger Kälte nur mangelhaft bekleidet, war diese zweimalige Zählerei eine einzige Tortur und brachte vielen den Tod. Auch die Essenlieferung wurde dadurch oft so verzögert, daß die Suppe bereits eiskalt war, wenn sie in die Baracke getragen werden konnte.

Dicht unter der Decke über dem Fenster lief durch die ganze Baracke ein zirka vier Zentimeter dickes Rohr, durch das abends gegen 19 Uhr für eine Stunde Warmluft ging, was nicht verhinderte, daß im Winter Eiskristalle die Barackenwände schmückten.

In Kammer 10 lagen drei werdende Mütter unter den gleichen Bedingungen und bei gleicher Kost. Als die ersten Kinder geboren waren, war es manchmal so kalt, daß den Müttern die Milch wegblieb und die Kinder die dünne Suppe eingeträufelt bekommen mußten, die unsere Kost darstellte.

Die Verpflegung war sehr schwankend. Morgens gab es einen halben Liter dünne Suppe mit ein paar Graupen oder Buchweizen darin, mittags dreiviertel Liter Sauerkrautsuppe ohne Fleisch und Fett, zwischendurch 300 Gramm, später auch mal 350 Gramm Brot und schwarzen Tee.

Ganz schlimm waren 1947 einige Wochen, wo es nur Suppe aus Kartoffelschalen gab, die einen so penetranten Geruch verströmte, daß selbst der hungrigste Magen sich erst einmal sträubte, den Fraß bei sich zu behalten. Schrecklich war auch, wenn es statt des sauren, nassen Brotes, das doch jedenfalls für einige Zeit den Magen füllte, nur steinhart getrocknete Brotscheiben gab, weil aus irgendwelchen Gründen die Bäckerei nicht arbeiten konnte. ...<<

WBZ: Im Januar 1947 werden in Hamburg 9.200 Diebstahldelikte verübt. Davon sind 4.600 Kohlendiebstähle (x118/112).

Raub, Schwarzmarkt und Prostitution

Es gab damals in Deutschland keinen Sozialstaat. Bis März 1947 erhielten Witwen und Waisen keine staatliche Unterstützung. Was man zum Überleben benötigte, wurde notfalls gewaltsam beschafft. Langsam fahrende Güterzüge wurden von Plünderern gestürmt und ausgeraubt. Die Menschen reagierten mit zunehmender Not härter und rücksichtsloser. In jener Zeit nahm man auf Alte und Kranke keine Rücksicht (keine Leistung ohne Gegenleistung).

Obwohl im Winter 1946/47 alle noch vorhandenen Lebensmittel und Waren zugeteilt wurden, brach im Januar 1947 die Versorgung vielerorts zusammen, so daß sich überall Schwarzmärkte, Tauschhandel und Schieberunwesen ausbreiteten. Da der Besitz von alliierten Waren für Deutsche verboten war, spielte sich der Handel auf dem sog. "Schwarzen Markt" ab.

Die große Mehrheit der Deutschen war durch den Krieg hoffnungslos verarmt und beteiligte sich notgedrungen an diesem illegalen Handel, weil ständig weniger legale Waren angeboten wurden. Tag für Tag wanderten Hunderttausende von hungrigen Stadtbewohnern aufs Land, um dort Schmuck und andere Vermögensgegenstände gegen Lebensmittel einzutauschen. Ausgehungerte Menschenmassen, die in dichten Reihen an den Bahnsteigen standen, stürmten täglich die Personen- und Güterzüge, obgleich viele "Hamsterzüge" meistens längst überfüllt waren. Der "schwarze Handel" wurde damals sehr hart bestraft. Manche Schieber und Schnapsbrenner mußten für Jahre ins Zuchthaus.

Da Geld und Wertpapiere durch keine realen Werte gedeckt waren, wurden z.B. Zigaretten und Kaffee zur neuen Währung der Nachkriegszeit. Vor allem "Ami-Zigaretten" stellten damals eine "natürliche" Leitwährung dar. Für Zigaretten konnte man in jener Zeit auf dem Schwarzmarkt fast alle Wirtschaftsgüter erwerben. Vor den Kasernen der Besatzungstruppen sah man überall Kippensammler, denn mit dem Tabak von 7 Kippen konnte man sich eine Zigarette drehen.

Mehr als 100.000 jugendliche Vagabunden zogen durch das zerstörte Land. Ungezählte verzweifelte Mädchen und Frauen tauschten in der Nachkriegszeit "Liebe gegen Ware", um die nackte Existenz zu sichern. Vor allem in den großen Städten breitete sich Jugendprostitution und Geschlechtskrankheiten aus. Tausende von jungen Frauen schlossen in jener Zeit Ehen

mit Besatzungssoldaten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Schwarzmarkt" (x051/-531): >>Schwarzmarkt (Schwarzer Markt), illegaler Verkauf oder Tausch von Waren, die bewirtschaftet sind oder deren Preis staatlich festgelegt ist.

Der Schwarzmarkt-Preis ist dabei stets erheblich höher, was für die Schwarzmarkt-Händler hohe, zudem der Besteuerung entzogene Gewinne bedeutet. Schwarzmarkt entsteht immer dann, wenn die vorhandenen Warenmengen zur Deckung des Bedarfs nicht ausreichen und rationiert sind. So entwickelten sich schon in der letzten Kriegszeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten Ansätze eines Schwarzmarktes, der dann nach Kriegsende aufblühte und erst durch die Währungsreform 1948 beendet wurde. Die Jahre 1945-48 werden daher auch oft Schwarzmarkt-Zeit genannt.<<

Der deutsche Publizist und Jurist Peter Grubbe (1913-2002, eigentlich Claus P. Volkmann) berichtet später über das Schicksal von Jugendlichen und Kindern in der westdeutschen Besatzungszone (x039/206-207): >>... Kassel. Die Praxis des Arztes liegt im Hinterhaus. Das Vorderhaus ist ausgebombt Nur das Schild befindet sich noch an der Mauer. "Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten."

Das Wartezimmer ist voll. ... Dazwischen die Sechszehnjährige. Ihr Gesicht ist geschminkt. Ihre Finger sind gelb von Nikotin. Die Absätze ihrer einst eleganten Wildlederschuhe sind abgetreten.

Sie spürt die Blicke der anderen, schlägt die Beine übereinander, zündet sich eine Zigarette an, zieht den Rauch in langen Zügen in die Lunge. Als der Arzt sie hereinruft, hält sie die brennende Zigarette noch in der Hand. Er sieht sie einen Augenblick an. Sie errötet flüchtig, drückt die Zigarette in dem Aschenbecher aus, der auf dem Tisch steht, setzt sich gehorsam in den glatten Ledersessel, zieht sorgsam den Rock über die Knie herab.

Sie kommt aus Danzig. Ihr Vater ist vermißt. Ihre Mutter wurde unter den Trümmern ihres Hauses begraben. Sie blieb mit ihrem Bruder zusammen, der ein Jahr älter war. Sie "wohnten" im Keller des zerstörten Hauses und lebten von der Hand in den Mund. Eines Tages kam ihr Bruder nicht mehr "nach Hause". Sie wartete zwei Wochen. Dann machte sie sich auf in den Westen, über Berlin.

Sie macht eine Pause. Der Arzt sieht aus dem Fenster. Draußen regnet es. Mit leiser Stimme erzählt sie weiter.

Sechs Wochen war sie in einem Durchgangslager an der Zonengrenze. Danach fast einen Monat in einer leeren Baracke. Dort hat sie sich das erste Mal mit einem Mann eingelassen, einem 18jährigen Jungen, der aus Danzig kam und ihr gut gefiel. Zwei Tage lang hatte sie geglaubt, daß sie nicht mehr so allein sein würde. Dann war er verschwunden.

Seitdem sind es viele gewesen. Alte und Junge. Deutsche und Ausländer. Für Geld, für Schokolade, für Zigaretten. Denn sie muß ja leben. Sie bekommt keine Lebensmittelkarten. Sie hat nirgends eine Zuzugsgenehmigung. Denn sie arbeitet ja nicht. Sie hat ja nie etwas gelernt.

Der Arzt untersucht sie, setzt sich an seinen Tisch zurück. Sie hat sich angesteckt. Sie ist krank. Einen Augenblick reißt ihr Gesicht auf in einem jähen Erschrecken, wird hilflos, kindlich. Dann verschließt es sich wieder. Er schreibt ihr einen Einweisungsschein für ein Krankenhaus und sieht sie an. "Werden sie auch hingehen?"

Das spöttische Lächeln auf ihrem Gesicht zerfällt. Sie nickt.

"Bestimmt. Da kann man doch ausschlafen in einem richtigen Bett, und satt zu essen gibt es auch." ...

Mannheim. Zehn Minuten vor zwölf. Schnaufend verläßt der D-Zug die Halle. Der Bahnsteig leert sich. Der 12jährige Junge nimmt die Mütze vom Kopf, streicht die schweißnassen Haare zurück. Die letzten beiden Koffer waren schwer. Langsam geht er zur Sperre. In den nächsten vier Stunden kommen nur Personenzüge, und bei denen lohnt das Warten nicht.

Während er die Straße entlang geht, zählt er die Einnahmen des Morgens. Ein halbes Päckchen Zigaretten – das war von dem Ami mit den beiden schweren Koffern -, drei einzelne Zigaretten, ein Riegel Schokolade, ein Paket Kaugummi, 4, 6, 7 Mark.

Ein Schritt nähert sich ihm von hinten. Rasch läßt er die Sachen in die Tasche gleiten. Ein zweiter Junge, etwa gleichaltrig, kommt an seine Site. Seine Schuhe sind aufgeplatzt. Unter der kurzen Hose schauen die nackten Knie rot und zerkratzt hervor. Eine Brille mit Stahlbügeln, auf der einen Seite mit Bindfaden zusammengebunden, verleiht dem Gesicht etwas Altkluges und zugleich Unbeholfenes.

Er sucht ein Quartier. Er kommt von der Fürsorge. Er hat zwei Büchsen Käse aus einem Ami-Magazin geklaut. "Ich hatte Hunger – dabei haben sie mich erwischt."

Aus der Fürsorge ist er getürmt. Jetzt sucht er eine Unterkunft. Und etwas zu tun, womit er Geld verdienen kann. Er hat den anderen beobachtet beim Koffertragen. Vielleicht kann er das auch tun. Er hat den Eindruck, es gibt zuwenig Träger auf dem Bahnhof.

Seine Mutter ist tot, berichtet er, als der andere mißtrauisch schweigt, der Vater in russischer Gefangenschaft. Ob er je von dort zurückkommt, weiß er nicht. Er war bei der Waffen-SS.

Schweigend gehen die beiden weiter. Vor einem halbverschütteten Hauseingang bleibt der mit der Mütze auf dem Kopf stehen, sieht sich einen Augenblick sichernd nach allen Seiten um, betritt dann einen schmalen Fußpfad, der sich in die Ruinen hineinschlängelt. Als der andere zögert, mahnt er ihn zur Eile.

"Du kannst mitkommen. Ich hab' noch Platz. Aber beeil dich, damit keiner sieht, daß wir hier reingehen."

Sie überqueren einen ehemaligen Hof, steigen ein paar bröcklige Stufen hinab, ein Schloß wird aufgeschlossen, eine Tür dreht sich quietschend in verrosteten Angeln. Dahinter ein niedriger, viereckiger Raum. Ein kleines vergittertes Fenster, das etwas blasses Licht hereinläßt. In der Ecke drei Holzpritschen mit Strohsäcken darauf. Davor ein rostiger Herd. Ein Ofenrohr führt über ein Loch über der Tür ins Freie. Ein Schrank, dem ein Bein fehlt, lehnt an der Wand. Daneben ein Koffer.

Der hier "zu Hause" ist, schließt die Tür, setzt ein Brett vor das Fenster und schaltet eine Birne ein, die von der Decke hängt und kalkiges Licht gegen die schwärzlichen Wände wirft. Seit 8 Monaten "wohnt" er hier. Seine Mutter haben die Russen geschnappt, als sie mit ihm schwarz über die Grenze wollte. Sie sitzt drüben im Gefängnis, weil sie angeblich das Familiensilber bei sich hatte. Ihn haben die Russen damals nicht gefunden. Deshalb ist er weitergelaufen, als sie fort waren, und unversehrt herübergekommen.

Das Haus gehörte seinem Onkel. Er liegt irgendwo verschüttet unter den Trümmern. Seine Tante vermutlich auch.

"Du kannst eine von den beiden vorderen Pritschen haben. Die hintere ist meine. Ich schlage vor, wir arbeiten zusammen auf dem Bahnhof. Der Verdienst wird geteilt und du zahlst mir pro Woche 5 Zigaretten Schlafgeld. Einverstanden?"

Der mit der Brille legt den zerschissenen Beutel, den er in der Hand trägt behutsam auf den vorderen Strohsack.

"O. K." ...<<

Jugoslawien: In den ersten Monaten des Jahres 1947 wird die Flucht aus den Internierungslagern stillschweigend gefördert. Die Führer bringen damals Gruppen von 10 bis 100 Volksdeutschen gegen hohes Entgelt durch das Grenzgebiet nach Ungarn. Lagerhäftlinge, die von jugoslawischen Posten auf der Flucht gestellt oder von ungarischen Grenzwatchen zurückgewiesen werden, müssen nur noch mit einigen Tagen Freiheitsentzug rechnen (x006/113E).

Großbritannien: Anfang 1947 erklärt ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.

b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.

c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzu- bringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ... Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

03.02.1947

WBZ: In Bremen werden am 3. Februar 1947 etwa 5.000 Zentner Kohle von Kohlenzügen gestohlen (x111/280).

07.02.1947

Berlin, WBZ: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 7. Februar 1947 über eine Reise von Berlin nach Hamburg (x111/281):

>>Kein Zweifel: ich bin ins Ausland gekommen. Zwischen Helmstedt und Marienborn verläuft die Grenze zweier Welten.

Im Zuge von Hannover nach Hamburg ist es übervoll. Ich stehe gedrängt zwischen Koffern und Menschen. Anderthalb Stunden Verspätung in Hannover. Mit dreieinhalb Stunden Verspätung trifft der Hamburger D-Zug ein.

Von 7 bis halb 10 Uhr morgens stehe ich zähneklappernd und mit den Füßen stampfend auf dem ungedeckten Bahnsteig. Niemand sagt etwas an. Keiner weiß, wie lange der Zug Verspätung hat. Man wartet. Wartet im grauen Morgen bei 15 Grad Kälte auf einen Zug nach Hamburg. "So ist es täglich", nörgelt an mir vorbeistapfend ein Unzufriedener. ...

(Rückfahrt) ... Anderthalb Stunden vor Abfahrt am Kopfbahnhof (in Hamburg). Durchs Fenster in den Zug. Zwischen Kisten und Kartoffelsäcken eingeklemmt sechs Stunden im unbeleuchteten Gang. Man kann es nur aushalten, wenn man sich Gedichte aufsagt. ...

Es riecht nach Zwiebeln, Fisch und ungewaschenen Menschen. Eine Wohltat, wenn sich hin und wieder in diesen Mief der beizende Geruch einer "Homemade"-Zigarette mischt. In der Toilette quetschen sich vier Leute. Und dann der sog. Brothusten. Diese furchtbare Auswirkung schlecht verdaulicher Ernährung, die heute die Luft in jedem öffentlichen Verkehrsmittel vergiftet. –

Maschinendefekt. Halten auf schneeverwehelter Strecke.

Als der Zug um 3 Uhr nachts in Hannover eintrifft, ist der Militärzug nach Berlin vor einer Stunde abgefahren.

"Das passiert hier öfters", sagt der Mann mit roter Mütze ungerührt. "Der nächste Zug geht morgen nacht um 1" – Zweiundzwanzig Stunden Wartezeit. Bei 15 Grad Kälte. ...<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 7. Februar 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/56-57): >>7. Februar 1947. Aus dem Lager Uelzen, einem anderen Auf- fanglager in der britischen Zone, kam bei 17 Grad Kälte ein Transport von über 600 Personen in Friedland an. ...

Bei einer Überprüfung dieses Transportes durch Beamte des Arbeitsamtes fiel die hohe Zahl von erwischten "Schwarzgängern" auf, Personen also, die zumeist aus undurchsichtigen Gründen immer wieder die Zonengrenze überschreiten. Sie betrug nicht weniger als 65 % aller Angekommenen. Ein Fünftel des Transportes bestand aus Kleinkindern. Außerdem wurden 20 elternlose Jugendliche registriert. ...<<

08.02.1947

Berlin: Während eines Kostümfestes in Berlin-Spandau fordert eine Brandkatastrophe am 8. Februar 1947 über 100 Todesopfer (x111/282).

10.02.1947

Frankreich: In Paris unterzeichnen die Alliierten am 10. Februar 1947 Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten des NS-Regimes (Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn).

12.02.1947

Berlin: Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) beantragt am 12. Februar 1947 bei der SMAD und bei der US-Informationskontrollbehörde eine Lizenz für die Zeitschrift "Ost und West" (x116/183, x111/283): >>... Die Stimmen der Deutschen einer Besatzungszone werden oft nur schwach und bisweilen gar nicht von den Deutschen anderer Zonen vernommen; ... die Spaltung vertieft sich. Die östlichen und westlichen Teile Deutschlands beginnen sich voneinander zu entfernen. Das ist nicht gut, weder für Deutschland noch für den Frieden der Welt. ...

Die Zeitschrift, die ich im Sinn habe, soll den Titel tragen "Ost und West". Sie soll bestehen auf dem Grundsatz, daß Deutschland anstatt der Zankapfel zwischen den Mächten zu werden, die friedliche Brücke zwischen ihnen zu werden, versuchen soll. ...

Das Beispiel einer von verschiedenen Besatzungszonen lizenzierten Publikation wird dazu beitragen, dies ... klarzumachen. ...<<

>>... Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation kann weder die amerikanische Lebensform schematisch übernehmen, noch die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion übergangslos annectieren. Wir Deutschen müssen die unseren gegenwärtigen Bedingungen angemessene Lösung der sozialen, ökonomischen und ideologischen Probleme unseres Zeitalters selbst finden.<<

Die Zeitschrift "Ost und West" wird schließlich nur von der SMAD lizenziert.

13.02.1947

Berlin: In Berlin sind seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erleiden schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Wärmehallen errichtet werden (x111/283).

14.02.1947

Berlin: Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen gründen SED und die westdeutsche KPD am 14. Februar 1947 eine "Arbeitsgemeinschaft für Westdeutschland" mit Sitz in Ost-Berlin.

Infolge der großen Kälte, die bereits über 200 Menschenleben gefordert hat, beschließt der Magistrat am 14. Februar 1947, Gaststätten, Flüchtlingslager, Luftschutzräume und sonstige beheizbare Räume auch nachts offenzuhalten.

WBZ: Ein Oberhausener schreibt am 14. Februar 1947 an seinen in Dresden wohnenden Bruder (x111/284): >>... Melde dich in Dresden nicht ab, sondern nimm nur einen Personalausweis mit!

Versuche das Geburtsdatum umzuändern, damit Du schon 18 bist. Es bringt nur Vorteile! O.K.

Nimm wenig Gepäck mit, dafür um so mehr zu essen, denn die ersten Tage wird es damit schwer ... Ziehe Dich warm an, soviel als möglich.

Mir brauchst Du nur eine Tasche aus meinem Besitz, Schreibpapier, Umschläge, Blau- oder Schwarzpapier zum Durchpausen, Schreibpapier in Mengen, Altsilber, Zigarettenpapier in Massen, Handschuhe, Nähgarn und etwas Wolle, Taschenmesser, Feuerzeug- Benzin und eine Flasche Schnaps mitzubringen, alles andere habe ich selbst zur Genüge.

Bis Halle wirst Du kommen. Von da brauchst Du aber bis Heiligenstadt (eine) Reisegenehmi-

gung. Da kannst Du einmal zeigen, was Du kannst.

Wenn Du bis zu mir kommst, werde ich Dich mit offenen Armen aufnehmen, denn dann hast Du die Vagabundenprobe bestanden und bist eventuell zu gebrauchen.

Falls Du aber nichts erreichst, bist Du eine Niete, von der ich nichts wissen will.

Gehe von Heiligenstadt in die britische Zone in das nahe Lager Friedland an der Grenze; dort besorgst Du Dir Personalpapiere und Lebensmittelkarten.

Du mußt behaupten. Du seist von einem Transport nach Rußland geflohen. Dabei darfst Du nur einen Personalausweis bei Dir tragen. Es ist nämlich möglich, daß man in solchen Fällen untersucht wird.

Höre niemals auf das Gerede der Leute, das sind fast immer Gerüchte. Gehe Deinen Weg, wie Du Dir ihn vorgenommen hast.

Versuche Papiere auf das Geburtsjahr 1929 zu erhalten. Laß Dich im Lager nach Oberhausen oder in das Ruhrgebiet einweisen. Gebe vor, im Kohlenbergbau arbeiten zu wollen, und laß Dir eine Fahrkarte kostenlos hierher ausschreiben.<<

CSR: Der Präsident der Republik beschließt am 14. Februar 1947 ein Gesetz über Grundsätze für die Aufteilung des Feindvermögens, das man auf Grund des Dekrets über die Konfiskation des feindlichen Vermögens konfisziert hat (x004/299-305): >>... § 1 Vermögenseinheiten, die nach dem Dekret Nr. 108/1945 konfisziert wurden, oder Teile davon, kann das Siedlungsamt und der Fonds der nationalen Erneuerung aus Gründen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zusammenlegen oder aufteilen.

§ 2 (1) Geldverbindlichkeiten, welche zu dem konfiszierten Vermögen gehören und vor dem 10. Mai 1945 entstanden sind, übernimmt der Fonds der nationalen Erneuerung (weiterhin "Fonds" genannt) ...

§ 4 (1) ... c) Der Zuteilungsantrag wird beim zuständigen Nationalausschuß zur öffentlichen Einsichtnahme für die Dauer von 15 Tagen ausgelegt. ...

g) Die Entscheidungen über die Zuteilung an die Zuteilungsempfänger erläßt das Siedlungsamt. Die Übergabe führt der Fonds ("der nationalen Erneuerung") durch. ...

§ 5 (1) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, werden kleine gewerbliche Unternehmungen, die auf Grund des Konfiskationsdekretes im Grenzgebiet oder in anderen durch die einschlägige Zuteilungsverordnung (§ 9) bestimmten Gebietsteilen konfisziert wurden, ... gegen eine Vergütung ihrem bisherigen nationalen Verwalter, Einfamilienhäuser unter denselben Voraussetzungen ihrem bisherigen Benutzer zugeteilt, falls diese innerhalb der vom Siedlungsamt ... kundgemachten Frist ansuchen und nachweisen, daß sie außer den übrigen in der einschlägigen Zuteilungsverordnung festgesetzten Bedingungen folgende Voraussetzungen erfüllen, nämlich:

1. daß sie tschechoslowakische Staatsbürger ... sind.

2. daß sie die tschechische, die slowakische oder eine andere Nationalität besitzen, gerichtlich unbescholten, national und staatlich zuverlässig und daß auch ihre, mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen gerichtlich unbescholten und staatlich zuverlässig und weder deutscher noch madjarischer Nationalität sind. ... Die Bestimmungen über die Nationalitäten gelten nicht für ... die Angehörigen der tschechoslowakischen Armee im Ausland und über einige andere Teilnehmer am nationalen Befreiungskampf genannten Personen. ...

4. Wenn es sich um Benutzer von Einfamilienhäusern handelt, daß sie:

a) nicht ledig sind,

b) spätestens vom Wirksamkeitsbeginn dieses Gesetzes zusammen mit ihrer Familie in dem Einfamilienhaus ihre Wohnung genommen haben,

c) anderswo keine eigene Wohnung haben oder diese für den Fall der Zuteilung des Einfamilienhauses aufgeben,

d) an dem Orte, in dem sich das Einfamilienhaus befindet oder in seiner Umgebung eine stän-

dige ordentliche Beschäftigung haben. ...

§ 9 Die Zuteilungsverordnung bestimmt, welche Gebietsteile Grenzgebiet im Sinne dieses Gesetzes sind. ...

§ 10 (1) Nach diesem Gesetz dürfen gewerbliche Kleinunternehmungen und Einfamilienhäuser auch juristischen Personen zugeteilt werden. ...

§ 11 (1) Demselben Bewerber darf bloß ein einziges gewerbliches Kleinunternehmen oder ein einziges Einfamilienhaus zugeteilt werden; Ausnahmen können durch die einschlägigen Zuteilungsverordnungen eingeräumt werden.

(2) Bewerben sich um die Zuteilung eines gewerblichen Kleinunternehmens (oder) eines Einfamilienhauses mehrere seiner nationalen Verwalter (Benutzer), welche den aufgestellten Bedingungen entsprechen, ... so sind bei der Zuteilung vor allem die in § 7 Abs. 3 des Konfiskationsdekretes angeführten Personen zu berücksichtigen. Zwischen gleichberechtigten Bewerbern wird nach freiem Ermessen entschieden, wobei besonders die sozialen und Familienverhältnisse und die bessere fachliche Qualifikation zu berücksichtigen sind. ...<<

15.02.1947

CSR: Der "Abgeordnetenprozeß" (Verhandlungsbeginn: 10. Dezember 1946) wird am 15. Februar 1947 beendet.

Obwohl man den 16 Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei keine Teilnahme an Verbrechen nachweisen kann, werden 6 Angeklagte (Hans Krebs, Georg Böhm, Franz Schreiber, Franz Werner, Ernst Kundt und Hans Westen) zum Tod verurteilt und hingerichtet. 9 Angeklagte erhalten Freiheitsstrafen von 3 Jahren bis zu lebenslänglicher Haft. Ein Angeklagter wird freigesprochen (x004/78).

16.02.1947

WBZ: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 16. Februar 1947 (x043/297): >>Gegen Ende März sollen in der Felsenfestung der Insel (Helgoland) 6.700 Tonnen Sprengstoff zur Explosion gebracht werden, durch die die dortigen Unterseeboot-Anlegeplätze, Batteriestellungen und der ungefähr 23 km lange unterirdische Tunnel mit der dort gelagerten Munition in die Luft gesprengt werden sollen. ...

Die Helgoländer ... sollen auf Sylt angesiedelt werden. ...<<

Christian Stock (1884-1967, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärt am 16. Februar 1947 während einer Delegiertenkonferenz der SPD in Groß-Gerau (x111/285): >>... Unter Umständen muß sich Marburg auch von den Särgen Hindenburgs und Friedrichs des Großen trennen. ... Sie sind heute schon zu Stätten politischer Demonstration gegen die Republik geworden.<<

17.02.1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") wird am 17. Februar 1947 aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge werden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen interniert man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg.

Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch

dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtet später über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.

Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.

Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.

Ketschendorf war damals überall. Assistiert von dienstefrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenschießungen.

Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."

Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.

Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Terrormethoden auf dem Territorium der DDR".

"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".

Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.

Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.

Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatzte Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich."

Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhten.

Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.

Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutaufen. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...

Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.

Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsappell von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der SPD schon 1948 vorgelegt.

Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.

So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April 1948 beim Holz sammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".

Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch

mehr inhaftiert worden sind."

Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".

Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die Internierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...

Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...

Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<